

1 **Wahlprogramm der CDU Berlin-Mitte**

2 **Mitte ist #bereitfuermehr**

3

4

5

6

*Fassung
Beschluss
Kreisvorstand
20. Juli 2021*

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21 **Übersicht**

22

23 **Vorwort** **3**

24 **Mitte wächst** **4**

25 **Mitte ist jung und alt** **6**

26 **Mittes Wirtschaft boomt** **9**

27 **Mitte ist mobil** **10**

28 **Mitte lebt und ist voller Geschichte und Kultur** **12**

29 **Mitte braucht Sicherheit und Ordnung** **14**

30 **Mitte kann und ist bereit für mehr** **16**

31

32

33

34 *Vorwort*

35 Seit 2016 wird der Bezirk Mitte von einer zunächst grün-roten, durch Übertritte zweier
36 grüner Bezirksverordneter zur SPD im Laufe der Wahlperiode später rot-grünen
37 Zählgemeinschaft regiert. Es ist für unseren Bezirk und insbesondere seine Bewohnerinnen
38 und Bewohner keine gute Zeit. Schmerzhaft müssen die Bürgerinnen und Bürger erfahren,
39 dass es einen eklatanten Unterschied zwischen dem gibt, was Rot-Grün in Wahlkämpfen
40 verspricht und was sie später im Amt umsetzen. Beispiele gibt es dafür zuhauf.
41 Bürgerbeteiligung und Transparenz sind lediglich Schlagworte, Phrasen in rot-grünen
42 Sonntagsreden. Eine nachhaltige, konsistente Haushaltspolitik existiert nicht. Vielmehr wird
43 eine ideologisch-motivierte Klientel- und Identitätspolitik finanziert. Dringend nötige
44 Investitionen für Schulaus- und -neubau werden weiter aufgeschoben. Von einer
45 Schulbau„offensive“ kann nicht die Rede sein. Den Zählgemeinschaftsfraktionen von SPD
46 und Bündnis '90/Die Grünen fehlt das Konzept, klare politische Schwerpunkte zu setzen. So
47 werden Chancen verspielt, obwohl unser Bezirk sich gut entwickelt. Mehr Menschen ziehen
48 in unseren Bezirk, leben und arbeiten hier. Damit wachsen auch die Ansprüche. Die
49 Bürgerinnen und Bürger haben den begründeten Anspruch auf eine funktionierende
50 Verwaltung. Die seit Jahren nicht zufriedenstellenden Leistungen der Bürgerämter sind nicht
51 länger hinnehmbar. Wochenlanges Warten auf elementare Dienstleistungen des Staates,
52 wie die Ausstellung von Geburts- und Sterbeurkunden, hat enorme, auch finanzielle,
53 Auswirkungen für die Menschen. Gleiches gilt für ein Standesamt, auf dem man de facto
54 nicht heiraten kann. Zuständig für das Bürgeramt ist seit fünf Jahren eine Stadträtin der
55 Linkspartei.

56 All diesen Herausforderungen wollen wir uns stellen. Wir wollen einen lebenswerten Bezirk
57 im Herzen unserer deutschen Hauptstadt Berlin. Wir wollen uns auch in schwierigen Zeiten
58 auf unsere Stärken besinnen. Wir wollen uns für starke Kieze einsetzen. Wir wollen für
59 Sicherheit, Ordnung, Stabilität und Verlässlichkeit sorgen in einer Zeit, in der so Vieles im
60 Umbruch ist. Wir wollen den Bezirk und die Stadt stärken, und zwar aus einer Position
61 heraus, aus der man etwas bewegen kann, an der Spitze, im Bezirksamt und im Senat!

62 Wir wollen unseren Bezirk gemeinsam mit Ihnen gestalten. Mitte ist bereit für mehr!

63 *Mitte wächst*

64 Berlin ist in den vergangenen Jahren in einem enormen Tempo gewachsen. Jährlich sind
65 jeweils mehrere 10.000 neue Berlinerinnen und Berliner in unsere Stadt gezogen. Davon
66 große Teile nach Alt-Mitte, Tiergarten und Wedding. Ein Bevölkerungswachstum im Schnitt
67 von 4-8% in Tiergarten und Wedding und sogar 10% in Alt-Mitte ist Beleg für die Attraktivität
68 unseres Bezirks im Herzen der deutschen Hauptstadt. Viele Menschen, gerade auch junge
69 Familien, aber auch Singles, möchten hier leben und arbeiten. Die Einwohnerzahl beträgt
70 mittlerweile fast 400.000 – eine Großstadt mitten in der Großstadt.

71 Wir wollen die sogenannte „Berliner Mischung“ erhalten. Verdrängung und
72 Mietsteigerungen müssen und können wir begrenzen, indem wir die Bedingungen, die die
73 Politik beeinflussen kann, mit Maß und gesundem Menschenverstand für diese Ziele
74 verändern. So war der Verkauf landeseigener Wohnungen unter Rot-Rot in den Jahren 2004
75 und 2005 ein großer Fehler, der die Stadt Handlungsspielraum kostete, den man in den
76 letzten Jahren gebraucht hätte. Jetzt aber hohe Geldsummen auszugeben, um Immobilien
77 wieder in das Eigentum kommunaler Wohnungsbauunternehmen zu bringen, etwa durch die
78 Ausübung des sogenannten Vorkaufsrechts, ist der falsche Weg. Ein solches Vorgehen
79 ändert nichts daran, dass es zu wenig Wohnraum gibt. Im Vordergrund muss daher der
80 schnellstmögliche Bau neuer Wohnungen stehen. Dabei ist zu prüfen, wie
81 Baugenehmigungsverfahren vereinfacht und der Wohnungsneubau damit beschleunigt
82 werden kann. Die Politik von Rot-Grün, den sog. Milieuschutz, der eher kiezspezifisch wirken
83 soll, nahezu pauschal auf den gesamten Bezirk auszuweiten, wird das Problem dagegen nicht
84 beheben. So bremst man eher Entwicklungen, erstickt Investitionen und einen natürlichen
85 Wandel. Die Versuche, Ungleiches gleich zu machen oder um jeden Preis den Status Quo zu
86 bewahren, haben selten funktioniert und sind auch nicht immer erstrebenswert. Wir sehen
87 Veränderung, positive Veränderungen, wie die Aufwertung von Kiezen und Wohnumfeld, als
88 Chancen an. Das Leben der Menschen wird dadurch reicher, es ergeben sich Chancen, die
89 wir ergreifen wollen. Dieses maßvolle Vorgehen unterscheidet die CDU Mitte von den
90 anderen Parteien.

91 Wir begrüßen es, wenn Häuser saniert, neuer Wohnraum in allen Preissegmenten
92 geschaffen wird. Nachbarschaften verändern sich – wir wollen diese Veränderungen

93 proaktiv mitgestalten. Dazu gehört eine Form vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen
94 Politik, Verwaltung, Anwohnerschaft und Investoren. Anstatt ein grundsätzliches Misstrauen
95 gegenüber Investoren zu schüren, ist vielmehr ein Miteinander von Verwaltung, Mietern,
96 Vermietern und Investoren Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Wir
97 setzen auf die Vielfalt der Wohnungswirtschaft. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften,
98 Genossenschaften, private Bauherren und Wohnungsunternehmen können, wenn sie als
99 Partner von der Politik begriffen werden, eine positive Entwicklung auf dem
100 Mietwohnungsmarkt bewirken. Ein Wohnungs - Mix von preiswert bis gehoben, verbunden
101 mit einem wirksamen Mieterschutz, trägt mehr zum sozialen Frieden in unserem Bezirk bei,
102 als spaltende Enteignungsdebatten.

103 Mitte muss funktionieren. Die Beschäftigten in der Bezirksverwaltung leisten sehr viel. Dabei
104 haben sie in den letzten Jahren viel Veränderung in Aufgabenspektrum und Struktur
105 erfahren. Neue Aufgaben wurden ihnen von der Landesebene übertragen, ohne dabei die
106 Auswirkungen auf die Bezirke vollumfänglich zu bedenken. Beispiele dafür sind die
107 überstürzt ausgeweitete Kostenfreiheit für das Schulessen an Grundschulen oder zuletzt der
108 durch das Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärte „Berliner Mietendeckel“. Letzterer
109 bedeutete eine signifikante Erhöhung von Beratungsleistungen in den Bürgerämtern. Andere
110 Leistungen mussten dadurch unbearbeitet bleiben.

111 Mitte wurde noch nie so schlecht verwaltet wie derzeit. Um nur einige Beispiele zu nennen:
112 Die Menschen in unserem Bezirk können mangels Termin nicht heiraten, sie warten viele
113 Wochen auf Geburts- und Sterbeurkunden. Eine Verlängerung des Ausweises ist aufgrund
114 mangelnder Termine kaum noch möglich und führt dazu, dass Wählerinnen und Wähler bei
115 der kommenden Wahl nun auch mit abgelaufenem Ausweisdokument wählen gehen dürfen.
116 Gewerbetreibenden werden dringend benötigte Ladezonen vor ihren Geschäften
117 genommen. Eine verantwortungslose Partyszene kann vom Ordnungsamt unkontrolliert
118 ihrem Treiben nachgehen. Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern werden bei
119 Widersprüchen gegen Verwaltungshandeln – wie im Fall der Straßenumbenennungen - nicht
120 etwa ernst genommen, sondern mit Pauschalantworten und zusätzlich
121 Verwaltungsgebühren „bestraft“. Nein - Kernaufgaben des Bezirksamtes müssen in einer
122 angemessenen Zeit geleistet werden. Dazu gehören eine funktionierende Terminvergabe der
123 Bürgerämter und die Erbringung elementarer Dienstleistungen, wie die Ausstellung von

124 Geburts- und Sterbeurkunden, an die zahlreiche weitere Dinge wie etwa die Auszahlung des
125 Elterngeldes anknüpfen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Anträge
126 und Genehmigungen durch das Standesamt, das Straßen- und Grünflächenamt, das
127 Stadtentwicklungsamt, das Jugendamt und die Wirtschaftsverwaltung zeitnah bearbeitet
128 werden. Dazu sind eine angemessene Personalausstattung der Verwaltung, nicht nur
129 finanziell, sondern auch strukturell, und in Bezug auf den Arbeitsplatz nötig. Das Bezirksamt
130 Mitte muss ein attraktiver und guter Arbeitgeber für seine Mitarbeiter werden.
131 Mitarbeiterabgänge aufgrund besserer Angebote anderer Bezirksamter Berlins für gleiche
132 Stellen müssen der Vergangenheit angehören. Mitte muss ein attraktiver Arbeitsstandort für
133 alle werden. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes muss endlich entschlossen
134 angegangen werden. Noch immer werden viele Verwaltungsangebote nicht online über
135 entsprechende Verwaltungsportale angeboten. Auch der ämterübergreifende Austausch,
136 Stichwort E-Akte, kommt kaum voran. Die Erfahrungen mit Home-Office und
137 Telearbeitsplätzen müssen nach dem Ende der Coronapandemie ergebnisoffen geprüft und
138 positive Elemente Einzug in die normalen Arbeitsabläufe finden.

139 *Mitte ist jung und alt*

140 Mit der Zahl neuer Bürgerinnen und Bürger in unseren Kiezen wächst natürlich auch die Zahl
141 junger Familien. Die für junge Familien nötige Infrastruktur, angefangen bei Kitas und
142 Grundschulen, bis zu Sekundarschulen und Gymnasien, aber natürlich auch an Spielplätzen
143 und Parks ist in einem so hochverdichteten Innenstadtbezirk naturgemäß knapp. Gleichwohl
144 dürfen berechnete Interessen einzelner Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

145 Somit bleibt es unser Ziel, gemeinsam mit verschiedenen Trägern und Initiativen, den
146 Kirchen und Verbänden, für eine Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer jüngsten
147 Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sorgen, damit beispielsweise ein Kitaplatzanspruch nicht
148 nur auf dem Papier besteht. Die Investitionen in die Zukunft unserer Kinder werden sich
149 auszahlen. Dabei gilt es, die Bedürfnisse unserer älteren Mitmenschen nicht zu
150 vernachlässigen. Gerade im Alter werden Behördengänge immer schwieriger und das
151 Ausfüllen von unterschiedlichen Anträgen immer herausfordernder. Die CDU Mitte strebt in
152 den Bezirksamtern daher Beratungszentren an. In diesen Zentren soll älteren Mitmenschen
153 und Menschen mit körperlichen und psychischen Einschränkungen ein

154 Unterstützungsangebot beim Ausfüllen von Anträgen angeboten werden.
155 Senioreneinrichtungen, Begegnungsstätten, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Spiel-
156 und Freizeitsportgeräte in Parks für Jung und Alt und natürlich die schulische Infrastruktur,
157 zu der auch außerschulische Lernorte wie Schulumweltzentren und Jugendverkehrsschulen
158 zählen, müssen auch künftig in angemessener Weise sichergestellt werden können. Viele
159 davon sind zu ertüchtigen und gemeinsam mit den jeweils Betroffenen an aktuelle
160 Bedürfnisse anzupassen. Die Sanierung der bestehenden Jugendverkehrsschulen wird die
161 CDU Mitte weiter vorantreiben. Gerade die Jugendverkehrsschulen könnten noch mehr
162 leisten. Das bewährte Konzept der Jugendverkehrsschulen soll daher weiterentwickelt
163 werden. Mit einer Ausweitung ihres Angebots auf ein allgemeines
164 Verkehrssicherheitstraining können sie dazu beitragen, eine größere Wirkung zu erzielen
165 und noch mehr Menschen ein höheres Maß an (Selbst)Sicherheit im Straßenverkehr zu
166 geben. Sich wandelnde Verkehrssituationen mit neuen Fortbewegungsformen in einer
167 schneller und größer werdenden Stadt können hier in einer sicheren Umgebung für viele
168 Menschen erfahrbar gemacht und sicheres Verhalten erlernt, bzw. aufgefrischt werden.

169 Auch die Verwaltungssprache muss den Anforderungen aller Generationen gerecht werden.
170 Aus Sicht der CDU Mitte ist die vermehrt zu beobachtende Einführung von Gendersprache
171 ein Mittel der Ausgrenzung, der Spaltung. Sie schließt viele Menschen vom Diskurs aus, in
172 dem beispielweise Lesegeräte diese Wortneuschöpfungen nicht erkennen können.
173 Gendersprache steht auch im direkten Widerspruch zum Ziel der Verwaltung zu möglichst
174 einfacher, verständlicher Sprache. Barrierefreiheit muss auch in der Sprache gelten.

175 Sportvereine und das Ehrenamt haben eine große Bedeutung für unsere heterogene
176 Gesellschaft. Sport und Vereinsleben führen Menschen mit ganz unterschiedlichen
177 Hintergründen zusammen. Sie wirken präventiv, denn hier finden gelebter Zusammenhalt
178 über Herkunft, Demographie und Sozialisation hinaus statt. Kinder und Jugendliche lernen
179 gerade im Sportverein Gemeinschaft, Zusammenhalt, Teamgeist, Integration und Regeln
180 kennen und respektieren. In sozialen Brennpunkten muss der Bezirk Vereine stärker
181 unterstützen. Sozialarbeit und pädagogische Unterstützung kann hier einen wertvollen
182 Beitrag leisten. Ehrenamtliche, die in diesen Bereichen tätig sind, verdienen umgekehrt mehr
183 Anerkennung. Zum Beispiel könnte man sie von der Parkraumbewirtschaftung im Umfeld
184 ihrer Tätigkeit befreien, bzw. einen Sonderparkausweis ausstellen, um sie zu entlasten. Auch

185 können niedrigschwellige Informations- und Weiterbildungsangebote für ehrenamtlich
186 Tätige ein Anreiz sein. Dazu muss es noch mehr Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft,
187 Wissenschaft, Kultur und den Vereinen und Verbänden vor Ort geben.

188 Bei den Angeboten zur Kindertagesbetreuung gibt es massive Defizite. Die linke
189 Jugendstadträtin hat hier viel versprochen, aber sehr wenig geliefert. Das Bezirksamt hat es
190 bisher nicht verstanden, die Schaffung neuer Kitaplatzkapazitäten prioritär zu behandeln.
191 Schon 2019 bestand ein zusätzlicher Bedarf von 2.276 Betreuungsplätzen bis 2021. Realisiert
192 wurde davon bisher allerdings nur ein Bruchteil. Die Blockade durch einzelne Bereiche des
193 Bezirksamtes gilt es weiter zu thematisieren und zu beseitigen. Wenn z.B. der Bau einer
194 neuen Kita mit 160 Plätzen in der Wallstraße an der Weigerung des Baus einer kurzen
195 Zuwegung durch das Straßen- und Grünflächenamt um viele Monate verzögert wird, dann
196 meint man es mit den selbstformulierten Ansprüchen wohl nicht sehr ernst. Die CDU Mitte
197 fordert hier, wie es im Bereich Schule bereits Praxis ist, eine verbindliche, langfristig
198 angelegte Kitaplatzentwicklungsplanung. Diese muss regelmäßig überprüft und den jeweils
199 aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

200 Ebenso fehlt es an einem klaren Bekenntnis zum Schulaus- und -neubau. In der
201 Investitionsplanung des Bezirkes, aber auch im Haushalts- und Stellenplan muss sich dies
202 deutlicher als in den letzten Jahren widerspiegeln. Die Versorgung mit Schulplätzen ist eine
203 gesetzliche Pflichtaufgabe der Bezirke. Das werden wir auch künftig deutlich machen und
204 Pflicht weiter vor Kür stellen. Insbesondere muss es die notwendige Priorisierung bei
205 Konflikten über die Nutzung von bezirklichen Flächen geben, wie das Beispiel der Gottfried-
206 Röhl-Grundschule im Wedding zeigt. Dort wurde eine dringend erforderliche Erweiterung
207 der Schule aus ideologischen Gründen verhindert, obgleich das sogar mit einem
208 flächenneutralen Grundstückstausch zwischen Grünanlage und Schulgelände
209 einhergegangen wäre.

210 Unser Bezirk ist ein bedeutender Hochschul- und Forschungsstandort. Studierende aus ganz
211 Deutschland, der EU und der ganzen Welt kommen in unsere Stadt, um hier zu lernen, sich
212 hier auszuprobieren und die Grundlagen für ihr weiteres Leben zu schaffen. Wir möchten sie
213 dazu nicht nur willkommen heißen. Wir möchten die Studentinnen und Studenten dabei
214 unterstützen, in unserem Bezirk anzukommen, Fuß zu fassen. Speziell geschulte

215 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Bezirksamt können bei den ersten
216 elementaren Fragen nach Wohnung und anderen wesentlichen Dingen wertvolle
217 Unterstützung leisten.

218 *Mittes Wirtschaft boomt*

219 Wichtig ist auch die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirks, die für unsere Bürgerinnen
220 und Bürger die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens in der Mitte unserer Stadt ist. Die
221 positive wirtschaftliche Entwicklung ist kein Automatismus. Handel, Unternehmen,
222 Investoren müssen willkommen geheißen werden. In der aktuellen Situation müssen die
223 Corona-Ermessensspielräume der Verwaltung genutzt werden. Wir wollen Akteure der
224 Wirtschaft als gute Nachbarn gewinnen und unseren Bezirk mit ihnen gemeinsam weiter
225 nach vorn bringen.

226 Tourismus und Kultur sind wichtige Säulen unseres Bezirkes. Der Großteil der touristischen
227 Ziele liegt im Herzen Berlins und damit in unserem Bezirk. Damit sind Tourismus und Kultur
228 auch bedeutende Wirtschaftsfaktoren. Diese werden gleichwohl von Bezirksseite völlig
229 unzureichend behandelt. Der Umgang durch das Bezirksamt mit den Anrainern der
230 Friedrichstraße im Zuge des Feldversuchs einer sogenannten Fußgängerzone, aber auch mit
231 Kulturschaffenden in unserem Bezirk, wie beispielsweise beim Monbijoutheater, sind
232 indiskutabel und zeigen den Kleingeist der politisch Verantwortlichen von Grünen und SPD
233 deutlich auf.

234 Die Verwaltung muss sich als Partner der Wirtschaft, der vielen Unternehmen und Betriebe
235 in unserem Bezirk verstehen. Gewerbetreibende, Anrainer und Anwohner müssen
236 beispielsweise viel stärker bei Baumaßnahmen in ihrem unmittelbaren Umfeld einbezogen
237 werden. Politik ist auch dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen in Bezug auf eine
238 hinreichende verkehrliche Infrastruktur zu gewährleisten. Im Dialog mit diesen Gruppen
239 können Chancen für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Kieze gemeinsam identifiziert und
240 genutzt werden. Diese Haltung kann nur von oben vorgelebt und durch die politische Leitung
241 als Chance begriffen werden, die wirtschaftliche Basis der Bürgerinnen und Bürger nicht nur
242 zu sichern, sondern weiter zu stärken. Dabei gilt es, das Positive unseres Bezirks zielgerichtet
243 zu nutzen und weiter zu stärken. Mitte ist DER Start-Up-Bezirk in Berlin. Digitalwirtschaft
244 sowie eine lebendige Kultur- und Galerienlandschaft haben einen deutlichen Schwerpunkt in

245 Mitte. Etwa jeder sechste Arbeitsplatz in Berlin entsteht mittlerweile im Bereich der
246 Digitalwirtschaft. Zwei Drittel der neuen Unternehmen siedeln sich innerhalb des S-
247 Bahnring an, damit auch in Mitte. Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich ebenfalls in
248 Mitte etabliert und unseren Bezirk als ideales Entwicklungsfeld für sich entdeckt. Hinterhöfe,
249 ehemalige Fabrikgebäude, aber auch so ungewöhnliche Orte wie das einstige Krematorium
250 Wedding, wo mittlerweile weltberühmte Künstlerinnen und Künstler ihr Publikum
251 begeistern, werden zu Orten der Kreativität.

252 Wir wollen jungen Menschen weiter die Möglichkeit geben, sich und ihre Ideen
253 auszuprobieren. Junge Unternehmen sollen die Chance haben, im Herz der Stadt zu
254 wachsen. Dazu sind u.a. auch moderne Arbeitsplatzformen wie etwa Co-Working-Spaces zu
255 fördern. Die Kreativität von Unternehmen und jungen Gründern muss auf eine ebenso
256 kreative Wirtschaftsförderung in Politik und Verwaltung treffen.

257 *Mitte ist mobil*

258 Mehr Menschen in unserem Bezirk bedeuten natürlich auch ein Mehr an
259 Mobilitätsaufkommen. Das betrifft den individualisierten Verkehr genauso, wie den mit der
260 gestiegenen Wirtschaftsleistung einhergehenden verstärkten Wirtschaftsverkehr. Zusätzlich
261 wächst die Nutzung des ÖPNV – all das bei konstanter Größe des zur Verfügung stehenden
262 Straßenlandes. Wir stehen – als einzige Partei in Berlin und im Bezirk Mitte – weiter für ein
263 gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsmittel und lehnen die rein ideologisch-
264 motivierte Ausgrenzung des motorisierten Individualverkehrs ab. Auch darf die Nutzung des
265 Autos keine soziale Frage sein, wonach sich künftig nur noch Besserverdienende ein Auto
266 leisten können, wenn man an die derzeit doch deutlich teureren E-Autos denkt. Rot-Grün
267 vollzieht auch hier eine soziale Spaltung, mit der Folge, dass sich noch weniger Menschen ein
268 Leben in Mitte leisten können.

269 Die CDU Mitte setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik ein, die den Bedürfnissen aller
270 Verkehrsteilnehmer gerecht wird. Ob jemand zu Fuß geht, das Fahrrad benutzt, ein
271 Motorrad, einen Pkw oder öffentliche Verkehrsmittel – die Entscheidung darüber steht in
272 seinem Ermessen und ist zu respektieren. Dem stehen Maßnahmen entgegen, die Rot-Grün
273 zuletzt vermehrt anstrengt. Mit sogenannten Kiezblocks, die vor allem mit der Installation
274 von sogenannten Diagonalsperren auf den Straßen verbunden sind, werden ganze Kieze vom

275 motorisierten Individualverkehr, kurz dem Auto, abgeschnitten. Damit schottet man Kieze ab
276 und fördert vielmehr Spaltung. Aufgabe der Verwaltung auf Bezirks- und Landesebene muss
277 es vielmehr sein, dafür zu sorgen, dass es allen Verkehrsteilnehmern ermöglicht wird, zügig
278 und sicher ihr jeweiliges Ziel zu erreichen. Dabei ist spezifischen Besonderheiten der
279 unterschiedlichen Verkehrsarten und der jeweiligen Situation vor Ort Rechnung zu tragen.

280 Die verschiedenen Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen, wie es der „Verkehrsversuch
281 Friedrichstraße“ tut, ist ein Negativbeispiel rot-grüner Verkehrs- und Klientelpolitik. Die
282 Begleitumstände dieses ideologischen Verkehrsversuchs sind intransparente Verfahren und
283 Entscheidungswege und eine mehr als zweifelhafte Motivation. Durch die Auswirkungen der
284 Coronapandemie mit den monatelangen Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger
285 sowie den Einzelhandel, sind Effekte des Verkehrsversuchs für den Einzelhandelsstandort
286 Friedrichstraße und seiner Verkehrsströme zudem gar nicht auswertbar. Der für die
287 flanierenden Fußgängerinnen und Fußgänger hinderliche, längs die Friedrichstraße teilende
288 Radweg, ist offenkundig ideologisch motiviert und nur als Kampfansage gegen das Auto zu
289 verstehen. Eine Chance für einen ernsthaften Versuch einer modernen, den vielfältigen
290 Bedürfnissen vor Ort angemessene Fußgängerzone, wurde vertan.

291 Außerdem setzen wir uns für die bestmögliche Verzahnung verschiedener Verkehrsmittel
292 (multimodaler Verkehr) ein. Dazu gehört auch, dass wir Parkraumbewirtschaftung nicht als
293 Mittel zur Haushaltssanierung sehen, sondern vielmehr zur Verringerung des Parkdrucks, wo
294 er durch Gutachten nachgewiesen ist und die Einführung von den Anwohnerinnen und
295 Anwohnern akzeptiert wird. Dazu ist eine ernsthafte Beteiligung der Anwohnerinnen und
296 Anwohner nötig. Ebenso muss die Entscheidung zurückgenommen werden, den
297 Besucherparkausweis abzuschaffen. Es ist das völlig falsche Signal und Schikane gegenüber
298 Besuchern dieser Stadt. Eine pauschale Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf den
299 gesamten Bezirk, um ein einzelnes Verkehrsmittel zu bekämpfen und Einnahmen im
300 Bezirkshaushalt zu generieren, lehnen wir ab. Dies gilt insbesondere dann, wenn durch
301 ideologisch geprägte Straßenbaumaßnahmen Parkplätze wegfallen und erst dadurch ein
302 Parkdruck in einer bestimmten Region entsteht. So war das bei bereits eingeführten neuen
303 Parkraumbewirtschaftungszonen, wie z.B. im Hansaviertel oder im südlichen Moabit. 2022
304 sollen weitere Zonen im Wedding und Gesundbrunnen hinzukommen. Die CDU Mitte lehnt
305 diese pauschale Ausweitung ab und wird diese Pläne einer erneuten Prüfung unterziehen.

306 Mobilität und Umwelt müssen sich nicht ausschließen. Ganz im Gegenteil, die E-Mobilität
307 kann eine weit größere Bedeutung für den innerstädtischen Verkehr einnehmen, als dies
308 bisher der Fall ist. Die CDU-Fraktion Mitte hat sich beispielsweise dafür eingesetzt, dass
309 mehr Ladekapazitäten für E-Fahrzeuge im öffentlichen Straßenland geschaffen werden.
310 Hierbei sind insbesondere auch private Initiativen zu unterstützen. Zusätzlich aber müssen
311 Politik und Wirtschaftsförderung, gemeinsam mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen
312 und weiteren Einrichtungen, diese Zukunftstechnologie fördern. Die dazu nötigen
313 Voraussetzungen sind zu schaffen, damit sich mehr Unternehmen dieser und weiterer
314 solcher Zukunftstechnologien ansiedeln und sie dafür die bestens ausgebildeten
315 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden können.

316 *Mitte lebt und ist voller Geschichte und Kultur*

317 Der Bezirk Mitte ist so vielfältig, lebendig, laut und aufregend, gleichzeitig aber auch schön,
318 voller Geschichte, Kultur und Parks - sozusagen Berlin in komprimierter Form. Berliner
319 Geschichte ist zum großen Teil die Geschichte dieses Bezirks. Eine Vielzahl bedeutender
320 Kunst- und Kulturstandorte, Erinnerungsorte zweier deutscher Diktaturen,
321 Wissenschaftseinrichtungen, Hochschulen und Museen sind ein Pfund, mit dem unser Bezirk
322 und die deutsche Hauptstadt wuchern können. Diese attraktiven Angebote für die
323 Bürgerinnen und Bürger sowie für die vielen Millionen Touristinnen und Touristen müssen
324 auch künftig erlebbar und begreifbar bleiben. Ob „im Großen“ wie in der neu erstrahlenden
325 Mitte, entlang der Straße „Unter den Linden“ mit dem Stadtschloss, die nach dem
326 jahrelangen U-Bahnbau wieder ins Bewusstsein der Berlinerinnen und Berliner kommen und
327 eine Renaissance als Mittelpunkt der Stadt wieder finden muss. Oder „im Kleinen“ mit
328 Gedenk- und Erinnerungsorten in den Kiezen.

329 Die CDU-Fraktion Mitte hat sich wiederholt für eine lebendige Erinnerungskultur eingesetzt.
330 So beispielsweise mit Initiativen für die Errichtung einer Stele zum Gedenken neben dem
331 Rathaus Wedding an das Weddinger Ehepaar Hampel, das im „Dritten Reich“ tapfer
332 Widerstand „im Kleinen“ geleistet hat, oder für ein Denkmal, das seit Juli 2021 auf dem
333 Vorplatz der Marienkirche an das Pogrom gegen Berliner Juden im Jahr 1510 erinnert.

334 Geschichte aus dem Stadtbild zu tilgen, ist dagegen bevorzugte Politik der Parteien Grüne,
335 SPD und DIE LINKE in unserem Bezirk. Die umstrittenen Umbenennungen von Straßen im

336 Afrikanischen Viertel sowie der Mohrenstraße haben bundesweit Aufmerksamkeit erregt.
337 Sie zeigen außerdem den Umgang mit Geschichte, der in dieser Art eher Formen von
338 Aktionismus folgt, als einer echten, kritischen Auseinandersetzung. Die CDU Mitte lehnt
339 Straßenumbenennungen als pauschales Mittel zur Geschichtstilung ab. Vielmehr setzen wir
340 uns nach wie vor für Lern- und Erinnerungsorte ein, die beispielsweise im Afrikanischen
341 Viertel Namen und Ereignisse der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte
342 einordnen und kritisch würdigen. Die Grünen, SPD und DIE LINKE folgen diesem Ansatz leider
343 nicht. Auch müssen Anwohnerinnen und Anwohner sowie die im Umfeld befindlichen
344 Anrainer bei einer solchen Entscheidung mit einbezogen werden. Wie bereits in anderen
345 Fällen wurde auch bei den Entscheidungen zu Umbenennungen im Afrikanischen Viertel und
346 der Mohrenstraße keine oder keine ernsthafte Bürgerbeteiligung durchgeführt. Vielfach
347 wurden sogar Einsprüche der Bürger durch die Ankündigung und spätere Inrechnungstellung
348 von Bearbeitungsgebühren „beantwortet“. Ein solches Verwaltungshandeln durch die
349 zuständige Stadträtin der Grünen ist nicht transparent, sondern straft Betroffene ab und
350 zeugt von einem mehr als kritikwürdigen Verständnis von Transparenz und Beteiligung von
351 Bürgerinnen und Bürgern. Wir fordern daher, bei Straßenumbenennungen zwingend ein
352 repräsentatives Votum der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Anrainer einzuholen,
353 ob sie für oder gegen eine Umbenennung sind. Gleiches gilt für eine sich dann ggf.
354 anschließende Namensfindung. Auch wenn am Ende die gewählten Repräsentantinnen und
355 Repräsentanten des Bezirks politisch entscheiden müssen, so ist das Votum doch zwingend
356 in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen und eine Nichtbeachtung des Votums
357 politisch zu begründen.

358 Das ideologische Gegeneinander im Bezirk Mitte zeigt sich leider auch im Kulturbereich. Das
359 Monbijoutheater am Spreeufer zwischen Monbijoupark und Museumsinsel war eines der
360 erfolgreichsten Theater dieser Stadt. Weil SPD, Bündnis '90/Die Grünen und DIE LINKE aber
361 politisch einen anderen Betreiber wollten, findet dort nun gar nichts mehr statt. SPD und
362 Grüne wollen keinen wirklichen Kulturbetrieb in der Grünanlage Monbijoupark. Die weit
363 bekannten Märchenhütten sowie das Amphitheater sollen abgerissen werden. Das ist völlig
364 unverständlich. Die Bezirksverordnetenversammlung hatte schon in der letzten Wahlperiode
365 die Aufstellung eines Bebauungsplans mit kultureller Nutzung der Grünanlage beschlossen.
366 Die Märchenhütten wurden mit Blick auf dieses Verfahren geduldet. Auf Initiative der CDU-

367 Fraktion Mitte konnte erreicht werden, dass dieses Bebauungsplanverfahren fortgesetzt
368 wird. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass dieses erfolgreiche Theater kurzfristig
369 wieder seine beliebten Vorstellungen anbieten und seine Erfolgsgeschichte fortsetzen kann.
370 Zwar gibt es aktuell - auch aufgrund unseres Drucks - positive Entwicklungen. Ziel muss aber
371 eine dauerhafte Etablierung des Theaterbetriebs im Monbijoupark sein.

372 Mitte ist ein Bezirk wunderschöner Parks und vieler kleiner Grünflächen, die als Oasen der
373 Erholung für Jung und Alt, für Tiere und Pflanzen von großer Bedeutung sind. Die Balance
374 zwischen Naturraum und Freizeitfläche für Bürgerinnen und Bürger ist immer wieder neu
375 auszurichten. Die Anforderungen an Grünflächen durch das Freizeitverhalten der Menschen
376 hat sich verändert. Auch ist der Bedarf an Sportflächen enorm gestiegen, der sich in einem
377 dicht bebauten Innenstadtbezirk wie Mitte aber nicht so leicht decken lässt wie in den
378 Außenbezirken. Die CDU Mitte möchte Grünflächen daher für Sport, Spiel und Erholung
379 ausweisen und nutzbar machen. Sport und Grünanlage schließen sich nicht aus. So bietet
380 sich z.B. die „Catcherwiese“, eine ehemalige Sportanlage im Volkspark Rehberge, als Mehr-
381 Generationen-Fläche, als "Spielplatz für Jung und Alt“ oder zum Sporttreiben an. Dort
382 befindet sich auch die denkmalgeschützte Anlage des Parkcafés, die unter der grünen
383 Stadträtin in den letzten Jahren verwahrlost ist. Seit vielen Jahren setzen wir uns daher – wie
384 viele Anwohnerinnen und Anwohner – für eine Wiederbelebung des Parkcafés ein, das in
385 Verbindung mit einer sinnvollen Nutzung der „Catcherwiese“ wieder zu einem beliebten
386 Anlaufpunkt für viele Menschen im Volkspark Rehberge werden soll.

387 *Mitte braucht Sicherheit und Ordnung*

388 In einem dichtbesiedelten Bezirk wie Mitte, kommen Menschen verschiedener
389 demographischer, ethnischer und sozialer Gruppen auf engstem Raum zusammen. Hinzu
390 kommen Menschen aus aller Welt, die als Touristen unseren schönen Bezirk besuchen.

391 Diese verschiedenen Interessen führen unweigerlich zu Konflikten, die nicht nur
392 thematisiert, sondern auch beigelegt werden müssen. Im Fall von Partytouristen ist dies
393 noch vergleichsweise einfach. So könnten z.B. im Bereich rund um den Rosenthaler Platz /
394 Weinbergspark ein stärkerer Kontrolldruck durch Ordnungsamt und Polizei sowie
395 Gewerbeaufsicht viel zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner beitragen. Dies hat die

396 CDU-Fraktion Mitte in enger Abstimmung mit einer Bürgerinitiative vor Ort gefordert und so
397 den dringend nötigen Anstoß beim Ordnungsamt gegeben.

398 Viel gravierendere Probleme gibt es aber durch Tendenzen sich ausbreitender
399 Verwahrlosung, Müll, Dreck, öffentlichen Alkohol- und Drogenkonsum, verbunden mit
400 begleitender Kriminalität. Auch die Prostitution rund um den Magdeburger Platz und die
401 Kurfürstenstraße ist nach wie vor eine Belastung für den Kiez. Die CDU Mitte hat den
402 politischen Willen, diese Probleme, die nicht nur rein sozialer Natur sind, einzudämmen und
403 nachhaltig zu bekämpfen. Neben einer Stärkung der Hilfe für betroffene Frauen,
404 insbesondere Aussteigerinnen, muss auch der Schutz von Kindern und Jugendlichen aus dem
405 Umfeld endlich in Angriff genommen werden. Dabei ist die Einrichtung einer Sperrzone, also
406 die räumliche und/oder zeitliche Untersagung der Ausübung der Prostitution, anzustreben.
407 Bisher sind alle Initiativen in diese Richtung an SPD und Grünen gescheitert. Das Aufstellen
408 von Kompost-Toiletten, wie es der grüne Bezirksbürgermeister getan hat, die am Ende als
409 sogenannten „Verrichtungsboxen“ genutzt werden, entspannt die Lage vor Ort keinesfalls
410 und ist allenfalls als Verhöhnung zu bezeichnen.

411 Rot-Grün hat es in der aktuellen Wahlperiode nicht einmal geschafft, die Mittel des
412 Platzmanagements „Kurfürstenstraße“ komplett auszugeben. Vielmehr sollten finanzielle
413 Mittel für ein Drogenprojekt am Leopoldplatz umgeschichtet werden. Das ist Versagen im
414 Amt und eine Ohrfeige für die seit Jahren an den Zuständen leidenden Anwohnerinnen und
415 Anwohner im Kurfürstenkiez.

416 Gemeinsam mit den zahlreichen Angeboten der Sozialarbeit und Drogenhilfe vor Ort können
417 langfristig Sicherheit und Aufenthaltsqualität für alle erhöht werden und Plätze für alle
418 zurückgewonnen werden. Eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes und gemeinsame
419 Schwerpunkteinsätze mit der Polizei können an von Kriminalität besonders betroffenen
420 Orten zu einer Verbesserung der Situation für alle führen. Zusätzlich muss der Einsatz von
421 Maßnahmen zur Videoaufklärung, z.B. am Alexanderplatz, im Kleinen Tiergarten und am
422 Leopoldplatz erprobt werden, um die Aufklärung von Gewalt und Verbrechen zu verbessern.
423 Das Ansinnen von SPD, Grünen und DIE LINKE, eine Drogensucht-Infrastruktur auf- und
424 stetig auszubauen, die sich künftig von der Turmstraße, über die Birkenstraße und den
425 Leopoldplatz die Müllerstraße hinaufzieht, lehnen wir ab. Die CDU-Fraktion hat sich bereits

426 in der ausgehenden Wahlperiode für eine stärkere Eindämmung von Kriminalität und
427 Verwahrlosung eingesetzt. Ein Alkoholverbot, der verstärkte Einsatz eines Wachschutzes und
428 allgemein ein stärkerer Kontrolldruck vor Ort, können den Leopoldplatz und den Kleinen
429 Tiergarten tatsächlich wieder zu Orten für alle machen, anstatt Angsträume für viele zu sein.
430 Auch neue Beleuchtungskonzepte, wie z.B. im Hansaviertel, aber auch die Schaffung von
431 verbesserten Sichtachsen, wie im Kleinen Tiergarten, können viel zur (gefühlten) Sicherheit
432 beitragen.

433 Mitte muss in allen Kiezen wieder mehr ein Bezirk für alle Menschen werden. Das kann nur
434 gelingen, wenn Fehlverhalten und Missstände klar benannt werden. Dazu muss der
435 politische Wille vorhanden sein, dagegen vorzugehen und auch gegen Widerstände zu
436 bestehen. Gleichzeitig sind alle gefordert, mit mehr Achtsamkeit und Respekt seinen und
437 ihren Mitmenschen zu begegnen.

438 Auch der Katastrophenschutz muss weiter vorangebracht werden. Künftig müssen wir auch
439 in Berlin die Katastrophenvorsorge und vor allem den Informationsfluss zwischen Behörden
440 und Hilfsorganisationen verbessern und feste Krisenreaktionsstrukturen aufbauen.
441 Notwendige Maßnahmen zum Katastrophenschutz sind zu überarbeiten und nachhaltig zu
442 verfolgen, vom Alarmsystem bis hin zum Funktionieren der Straßenpumpen.

443 *Mitte kann und ist bereit für mehr*

444 Wir wollen diesen Bezirk gestalten. Gemeinsam mit Ihnen wollen und können wir den
445 Wedding, Gesundbrunnen, Tiergarten, das Hansaviertel, Moabit und Alt-Mitte noch
446 lebenswerter machen.

447 Berlin ist eine wachsende Stadt, Mitte ist davon durch seine besondere Lage im Zentrum
448 besonders betroffen. Viele Menschen ziehen zu uns, wollen hier leben, arbeiten, Familien
449 gründen, ihre Freizeit verbringen, alt werden. Aber sie wollen auch eine funktionierende
450 Verwaltung, bezahlbare Wohnungen, ausreichend Kita- und angemessene Schulplätze, Grün-
451 und Sportflächen, Spielplätze, Parks, Freizeit- und Kultur- und Wissensangebote und vor
452 allem in Sicherheit leben. Die CDU Mitte setzt sich dafür ein, dass in Zukunft keine
453 ideologisch geprägten Entscheidungen für den Bezirk getroffen werden, die zu einer sozialen
454 Spaltung der Menschen im Bezirk führt.

455 All diesen Herausforderungen möchten wir uns stellen. Unsere Kandidatinnen und
456 Kandidaten für den Deutschen Bundestag, das Abgeordnetenhaus von Berlin und die
457 Bezirksverordnetenversammlung Mitte stellen sich Ihnen dafür zur Verfügung und bitten Sie
458 um Ihr Vertrauen.